

Breslauer

Mittagblatt.



Zeitung.

Nr. 116

Sonnabend den 8. März 1856.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 7. März. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Dekret, das das ganze Kontingent vom Jahre 1856 einberuft.

Paris, 7. März, Nachmitt. 3 Uhr. Die Spekulanten waren beunruhigt. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91 1/2 gemeldet. Die 3pGt. eröffnete zu 72, 80, sank auf 72, 60 und schloss unbelebt zur Notiz. Eisenbahn-Aktien waren träge. Consols von Mittags 1 Uhr waren gleichfalls 91 1/2 eingetroffen. Schluss-Course:

3pGt. Rente 72, 75. 4 1/2 pGt. Rente 93, 75 coup. det. 3pGt. Spanier 38. 1pGt. Spanier 24. Silber-Anleihe —. Österr. Staats-Eisenb.-Aktien 927. Österr. Credit-Aktien 885. Credit-Mobilier-Aktien 1553.

London, 7. März, Nachmittags 3 Uhr. Die 3pGt. aus Paris war zu 72, 75 gemeldet.

Consols 91 1/2. 1pGt. Spanier 23 1/2. Mexikaner 20%. Sardinier 90.

5pGt. Russen 101 1/2. 4 1/2 pGt. Russen 92.

Wien, 7. März, Nachmittags 12 1/2 Uhr. Anfangs fester. Aktien der Elisabethbahn wurden zu 125 gehandelt. — Schluss-Course:

Silber-Anleihe 90. 5pGt. Metall 84 1/2. 4 1/2 pGt. Metalliques 73 1/2. Bank-Aktien 1050. Nordbahn 128. Centralbahn 106 1/2. 1839er Loos 136. 1834er Loos 111 1/2. National-Anlehen 85%. Österr. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikat 269. Bank-Int.-Scheine 338. Credit-Akt. 359. London 10, 03. Augs. 101 1/2. Hamburg 74. Paris 119%. Gold 6. Silber 3 1/2.

Frankfurt a. M., 7. März, Nachmitt. 2 Uhr. Umsatz bedeutend. Österr. Credit-Aktien niedriger, österr. Bankaktien höher, sonst wenig verändert. Spanier angeboten, Nordbahn begehrt. — Schluss-Course:

Neuerte preußische Anleihe 114 1/2. Preußische Kassenscheine 105. Köln-Windener Eisenbahn-Aktien 171 1/2. Friedrich-Wilhelms-Nordb. 65. Ludwigs-hafen-Berbach 162 1/2. Frankfurt-Hanau 80. Berliner Wechsel 105 1/2. Hamburg Wechsel 89 1/2 Br. London Wechsel 120%. Pariser Wechsel 94 1/2. Amsterdamer Wechsel 100%. Wiener Wechsel 119%. Frankfurter Bank-Anteile 123. Darmstadt. Bank-Aktien 350. 3pGt. Spanier 38%. 1pGt. Spanier 24 1/2. Kurhessische Loos 41 1/2. Badische Loos 48. 5pGt. Metallique 84. 4 1/2 pGt. Metall 75%. 1854er Loos 110%. Österreich. National-Anlehen 84%. Österreichisch-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 310. Österr. Bank-Aktien 1285. Österreichische Credit-Aktien 212.

Amsterdam, 7. März, Nachmittags 4 Uhr. Börse still. — Schluss-Course:

5pGt. Österreich. National-Anleihe 79%. 5pGt. Metalliques 111. 85. 5pGt. Metall 79%. 2 1/2 pGt. Metalliques 40%. Österreich. Credit-Aktien —. 1pGt. Spanier 23 1/2%. 3pGt. Span. 38%. 5pGt. Stieglitz —. 5pGt. Stieglitz de 1855 —. 4pGt. Polen —. Mexikaner 19%. London Wechsel, kurz —. Wiener Wechsel —. Hamburger Wechsel —. Petersburg. Wechsel —. Holländische Integrale 63%. London kurz 13 Mrk. 7 Sh. not. 13 Mrk. 8 Sh. bez. Amsterdam 35, 95. Wien 76%.

Hamburg, 7. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Matte Stimmung. Eisenbahn-Aktien unbedacht. Geschäft hauptsächlich in österr. Credit-Aktien

Schluss-Course:

Preußische 4 1/2 pGt. Staats-Anleihe 100. Preuß. Loos 113. Österreichische Loos 113 Br. Österreichische Credit-Aktien 192—187. Österreich. Eisenbahn-Aktien 935. 3pGt. Spanier 36%. 1pGt. Spanier 22%. Österreich. Stieglitz de 1855 90 1/2 Br. Berlin-Hamburger 113. Köln-Windener 167 1/2. Mecklenburger 56. Magdeburg-Wittenberge 49. Berlin-Hamburg 1. Priorität 101 1/4. Köln-Windener 3. Priorität 90 Br. Düsseldorf 4 1/2%. Lond. lang 13 Mrk. 3 1/2 Shill. notirt, 13 Mrk. 4 1/2 Sh. bez. London kurz 13 Mrk. 7 Sh. not. 13 Mrk. 8 Sh. bez. Amsterdam 35, 95. Wien 76%.

Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen fester und mehrfach gefragt; 118—119 pfd. Dänemark pro Mai 120 gefordert, 118 zu lassen.

Öst. pro März 31, pro Mai 31 1/2, pro Oktober 28%.

Liverpool, 7. März. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Preußen.

Berlin, 7. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: dem königlich württembergischen Obersten und Direktor des Arsenals zu Ludwigsburg, v. Milz, und dem königlich baierschen Major und Direktor der Gewehr-Fabrik zu Amberg, Freiherrn v. Podewils, den rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Pastor Flügge zu Hannover und dem Haupt-Amts-Assistenten v. Waltier zu Köln, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den seitherigen Landrats-Amts-Verweser, Rittergutsbesitzer Freiherrn Karl v. Plotho von Lützenjäck zum Landrat des 1. Beichthom'schen Kreises im Regierungs-Bezirk Magdeburg zu ernennen; und dem praktischen Arzte Dr. Lessing hier selbst den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen. — Der Baumeister Wiesermann zu Köln ist zum königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister-Stelle zu Meschede verliehen worden.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz nebst Gemahlin, Großfürstin Katharina von Russland, kaiserliche Hoheit, ist nach Neu-Strelitz abgereist.

Se. Durchlaucht der Fürst und Thre Hoheit die Fürstin v. Wiedenbrück sind nach Prag abgereist.

[36. Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 6. März.]

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen, hierauf der Antrag des Abg. Wagener: in Art. 12 der Verfassungsurkunde die Worte zu streichen: „der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse.“ Der erste Gegenstand der Tagesordnung wird ohne Debatte erledigt.

Graf Schwein hat beantragt, über den Antrag zur einfachen Tagesordnung zu gehen. Er erhält das Wort zur Begründung. Die Begründer der gestrigen Sitzung, in welcher nach längerer Diskussion der Antrag zurückgezogen, wieder aufgenommen, die Tagesordnung darüber beantragt und das Haus in eine gänzliche Konfusion gebracht wurde, seien der formelle Grund seines Antrages. Der materielle Grund liege darin, daß der in Rücksicht auf Berwerfung stehende Fest steht. Die öffentliche Meinung habe sich ausgesprochen und werde durch die Diskussion nicht bekehrt werden. Das preußische Volk kenne den Werth der Gewissensfreiheit, es sei überzeugt, daß der Antrag den Boden stößt gegen sie führen wolle. Die Gründe, welche der Bericht enthalte, die der Berichtsteller und der Antragsteller nur wiederholen würden, seien von beiden so oft in der Presse und auf der Tribüne von ihm erortet, daß sie als hinlänglich bekannt gelten müßten. Es würde zu weitläufig sein, dem Antragsteller nachzuweisen, daß der christliche Staat notwendig zum Konfessionellen, dieser endlich zu einem Staaate führen müsse, in welchem die am Ruder befindliche Partei bestimme, was Religion sei. Der Antrag nehme die Garantie hinweg, daß die Gewissen geknechtet würden; statt das Christenthum zu fördern, müsse er ihm schaden. Aber man sage, daß mit Bestimmungen, wie denen des Art. 12, sich nicht oder nur durch eine rabulistische Auslegung regieren lasse. Er erinnere hierbei an den Ausspruch Voltaire's einem Literaten gegenüber, welchem er die Empfehlung seiner Werke abgeschlagen und der ausgerufen: dann kann ich nicht leben! Allerdings möge die Regierung mit solchen Bestimmungen nicht auskommen. Das sei ihre Sache. Diese Bestimmungen seien mehr werth, als die Prinzipien der jüdischen Regierung. Abg. Reichensperger (Seldern) gegeben die Tagesordnung.

Es handele sich darum, ein christliches Zeugnis abzulegen und die hohen Prinzipien der Religionsfreiheit aufrecht zu erhalten. Der Bericht spreche allen Gesetzen höhn, er nullifiziere durch falsche und sophistische Interpretation jede gesetzliche Bestimmung. Wie sei es möglich, daß auf diese Weise das Recht einer Minorität gewahrt werden könnte. Ja wenn man nur mit künstlichen Interpretationen auskommen glaube, so sei es besser, Art. 12 aufzuheben. Diese künstliche Interpretation sei unmoralisch, sie stehe mit der Verfassung, mit den von 1848 gewährten Rechten im Widerspruch. Die Regierung müsse dagegen protestieren, daß sie zu solchen künstlichen Interpretationen ihre Zustimmung nehme, daß sie damit regiere. Betreffend Art. 12, so beweise er, daß es nicht auf den revolutionären Ursprung, sondern Inhalt ankomme, er beweise die Wahrheit des Worts der Kirche über den ersten Sündenfall: o felix culpa, quae nobis mernit redemptorem! Auch die Revolution sei eine felix culpa. Nicht bloss die Revolutionäre, auch die guten Christen haben in der Religionsfreiheit einen Fortschritt erkannt. Aus der Revolution sei das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirche hervorgegangen. 1793 habe man freilich nicht die Freiheit des Glaubens, sondern des Unglaubens konstituiert wollen. Aber dies Beginnen sei in sein Gegenthil umgeschlagen. Diese Freiheit müsse man jetzt aufrecht erhalten, unbekümmert um das Geschrei, daß darin eine Entchristlichung des Staates liege! Um so mehr müsse dies geschehen, da jener Geist noch immer lebendig sei, der seit Jahrhunderten an den Fundamenten des Christenthums rüttle. Art. 12 sei berechtigt, er enthalte nur das Zugehörigkeitsprinzip, daß die Religion vor das innere Forum gehöre, daß sie sich den Staatsgesetzen entziehe. Der Artikel sei nicht allein von Indifferenzisten ausgegangen. Echte treue Christen aller Konfessionen hätten zu seiner Auffassung mitgewirkt. Der Redner spendet den Katholiken ein reiches Lob, die überall, in Frankfurt, wie in Berlin, gegen den Polizeistaat für den Rechtsstaat und die freie Kirche gestritten. Der Antragsteller verlange, das Christenthum solle die Bedingung der staatsbürglerlichen Rechte sein. Aber was sei denn das Christenthum? Wer wolle es definiren? Vom katholischen Standpunkte sei zwar die Frage leicht. Wie verhalte es sich aber mit dem protestantischen, wie folle es mit den vielen Sekten der protestantischen Kirche gehalten werden? Welches Prinzip solle als Kriterium des Christenthums gelten? Etwas das Trinitätsprinzip? aber Socinianer und ein Theil der Dunker erkennen es nicht an. Was sei denn der protestantische Staat? Sei es derjenige Staat, welcher, wie der Berichtsteller (v. Gerlach) oft erklärt, den Katholiken nicht gerecht werden wolle und könne, weil er vom Unrecht der Katholiken lebe? (Widerspruch.) Möge das jener phantastische neupreußische Staat thun, der preußische Staat thue es nicht. Se. Majestät habe sich zahlreiche Wohlthaten bewiesen, daß sein Herz für seine katholischen, wie für seine protestantischen Unterthanen schlage. (Bravo von den Katholiken!) Was die oppositionale Haltung der Katholiken betreffe, so stamme sie daher, weil man damit umgehe, die Katholiken den Nichtchristen gleichzustellen. Habe doch der Regierungskommisar neulich gesagt, man wolle nicht, daß noch einige Katholiken mehr auf den Bänken der Linken sitzen. (Heftiger Widerspruch.) Es seien das die Tendenzen des neupreußischen Phantasiestates, für den er und seine Freunde danken müßten. Was die Stellung der Juden angehe, so behauptete der Bericht, sie gehören einer andern Nationalität an. Wie sei aber rechtlich bei Juden nachzuweisen, die in Preußen geboren, daß sie einer andern Nationalität als der preußischen angehören? Die Frage sei vielleicht nicht populär, aber man müsse nicht urtheilen wie die Menge; müsse man auch anerkennen, daß der Einfluß der Juden in politischer, socialer, mercantilischer Beziehung vorherrschend ein schädlicher sei, wolle man deswegen zu den Judenverfolgungen zurückkehren. Man müsse den Juden vielmehr ihr Recht gewähren und hoffen, daß hiervon durch der Einfluss der Juden ein besserer werde. Allgemeine Gleichberechtigung wecke die allgemeine Vaterlandsliebe. Man möge nicht das Beispiel Pharaos nachahmen, der die Israeliten peitschte, weil sie nicht genug Ziegel machen und ihnen das Stroh dazu vorrethte. Man habe in politischer Weise das religiöse Vorurteil gegen die Juden rege zu machen geübt. Er könne nur mit Bewunderung von ihnen sprechen und auch bei der jüdischen Gelegenheit seien sie es gewesen, die ihre Rechte mit Ernst und Männlichkeit vertheidigt haben. (Bravo!) Noch immer trügen die Juden die Signatur des ausgewählten Volkes, sie könnten nur durch das Kreuz besiegt werden. Möge man ihnen ihre Rechte gewähren und so sie zu guten Staatsbürgern machen! (Bravo!) Der Minister des Innern: Da der Antrag auf Tagesordnung gestellt sei und nur ein Redner dafür, einer dagegen sprechen dürfe, so erbite er sich das Wort, um den Standpunkt der Regierung über die vorliegende Frage zu erläutern. Wenn Art. XII noch zu berathen, so würde er sich gegen den Sach erklären, weil er den religiösen Indifferenzismus beginnen würde. Da er aber Bestandteil der Verfassung geworden, so müsse die Regierung sich fragen, ob ein Bedürfniß zu seiner Aufhebung stattfinde und sie müsse diese Frage verneinen. Der Artikel mit den Bestimmungen des Landrechts und den andern Verfassungsbestimmungen zusammengehalten, habe der Regierung keine Schwierigkeiten bereitet, sie habe ihren Grundsatz durchzuführen vermocht. Nichtchristen und unchristlichen Sekten nicht Zutritt zu Ämtern zu gewähren, bei denen das Christenthum Bedingung sei. Diesen Grundsatz halte sie auch ferner fest. Er beantrage deshalb über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus stimmt diesem Antrage mit großer Majorität bei. Dagegen stimmt nur die Fraktion v. Gerlach.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. Tages-Ordnung: der Schwerinsche Antrag über die Brannweinbonifikation.

C. B. Nachrichten von der Weichsel zufolge hat der Wasserstand in der thorner Niederung, welche durch zwei beinahe 20 Klafter breite Dammbreüche seit etwa 10 Tagen unter Wasser steht, in den letzten Tagen beträchtlich abgenommen. Da kein Eisstromabwärts kommt, so dürfte die Gefahr für diesen Theil der Weichselniederung vorüber sein. An Menschen und lebendem Inventar ist für die Bewohner kein Verlust eingetreten, auch die Bäume hat die Fluth unversehrt gelassen. Man ist in Folge der in der Provinz allgemein herrschenden Anfälle dahin gekommen, eine amtliche Ermitlung zu veranlassen, ob es festzustellen sei, daß die Konstruktion der dirschauer Brücke die Eisstopfungen und dadurch die Überflutungen der Weichselniederungen herbeiführe. Sollte diese von Sachverständigen aufgestellte Meinung sich bestätigen, so würde die Regierung mit dem Bau einer Brücke bei Thorner vorgehen. Vorläufig ist man damit beschäftigt, bei Thorner eine fliegende Fähre anzulegen, die Rampe auf dem der Stadt gegenüber liegenden Flussinsel (Bazar-Kampe) ist bereits hergestellt. Aus Schwerin wird vom 3. März gemeldet, daß im Schwarzwasserthal oberhalb der Stadt, dessen Hügelformation am Ufer mit den tiefen zerrißenen Einschnitten an das Terrain der Kohlengegend lehnt, an vielen Punkten Kohlen in verschiedener Form und Qualität gefunden worden sind. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß sich von Nowenka bis Werra, also fast 1 1/2 Meile lang, ein großes Braunkohlenlager erstrecke. Der landwirtschaftliche Verein hat so eben die Anstellung von Bohrversuchen beschlossen, deren Gelingen der Provinz eine neue Quelle des Reichtums eröffnen würde.

Deutschland.

Kassel, 6. März. Die „Kass. Z.“ meldet amtlich, daß der Kurfürst den Kammerherrn, Geh. Obersinanzrath v. Hanstein-Knorr,

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

zum Staatsrath und zum Vorstande des Finanzministeriums ernannt hat.

Oldenburg, 5. März. Durch eine am gestrigen Tage erschienene Verordnung wird der Landtag des Großherzogthums auf den 27. d. M. außerordentlich einberufen. Die Dauer der Versammlung ist auf vier Wochen festgesetzt. Als Gegenstände der Verhandlungen bezeichnet man außer einigen finanziellen Anträgen verschiedene auf die Schifffahrtsgesetzgebung bezügliche Vorlagen. Die auf die Zustizorganisation sich beziehenden Gesetzesentwürfe sollen noch nicht, vielmehr erst auf dem demnächst folgenden Landtag zur Berathung gelangen. (Wes. 3.)

Bremen, 5. März. Wie dem biesigen „Tageblatt“ mitgetheilt wird, ist gestern das Urtheil über die Theilnehmer an dem sogenannten Todtenbunde aus Lübeck eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 5. März. Das Programm für die nahe bevorstehende Entbindung der Kaiserin ist bereits ganz offiziell festgestellt. Ich sage „nahe bevorstehend“, denn seit heute ist es der Kaiserin von den Verzieren unterstellt worden, ihre Gemächer zu verlassen. Das Ceremoniell wird sich wesentlich danach richten, ob das kaiserliche Kind ein Prinz oder eine Prinzessin ist; in ersterem Falle wird das Ereignis durch eine Salve von 101 Kanonenenschüssen, im letztern Falle durch 21 Schüsse der Bevölkerung verkündet werden. Ferner wird der Kaiser im ersteren Falle seinem Thronerben durch den Großkanzler der Ehrenlegion das große Band dieses Ordens und die Militärmedaille als Wiegengabe überreichen lassen. Am Tage nach der Entbindung findet in der Kapelle der Tuilerien die kleine Taufe (ondoimentum) statt und zwar in Gegenwart aller Minister, Hof- und Staatschärgen. Der Almosenier der Tuilerien wird den kirchlichen Akt vollziehen und zwar unter Aufsicht des Pfarrers von St. Germain de l'Auxerrois, zu dessen Sprengel der Tuilerienpalast gehört. Nach der Taufe wird, falls es ein Prinz ist, der Großmarschall des Palastes das Kind in seinen Armen nach den kaiserlichen Gemächern zurückbringen. Abends werden alle öffentlichen Gebäude illuminiert. Auch soll an dem Entbindungstage eine neue Kinderbewahranstalt, welche die Kaiserin im Faubourg St. Antoine gestiftet hat, eröffnet werden.

Die vierte Sitzung des Kongresses hat gestern stattgefunden. Obgleich nichts unterzeichnet und nichts beschlossen wurde, so soll doch die Sprache der russischen Bevollmächtigten, wie überhaupt die Verhandlung so versöhnlich gewesen sein, daß man daraus auf einen günstigen Ausgang schließe. Der fünfte Punkt soll noch nicht geregelt sein. Die russischen Bevollmächtigten erwarten ergänzende Instruktionen bis zum 10. d. M. — Bisher — sagt der „Constitutionnel“ — erschienen die russischen Bevollmächtigten nur in Civil am Hofe der Tuilerien, weil, abgesehen von dem Kriegsverhältnisse, die Thronbesteigung Alexander II. der Westmächte noch nicht notifiziert worden ist. Ihre Anwesenheit in Uniform bei der vorgestrigen Sessions-Gründungs-Ceremonie wurde daher in der diplomatischen Welt allgemein als ein sicheres Anzeichen der demnächstigen Wiederherstellung der offiziellen Beziehungen des Petersburger Hofs mit Frankreich und England, und demzufolge als ein deutlicher Beweis der günstigen Wendung interpretiert, welche die pariser Konferenzen nehmen.

Im Jahre 1853 hatte die Regierung zur Aufmunterung des Anbaues der Baumwolle in Algerien einen jährlichen Preis von 20,000 Franken gesetzt. Der „Moniteur“ bringt heute einen Bericht des Kriegsministers über die zweite in der Kolonie für die Zuwendung dieses Preises eröffnete Bewerbung und deren Ergebnis. Fünf Pflanzer der Provinz Oran waren als Bewerber aufgetreten; der Preis wurde zwei in Kompagnie arbeitenden Pflanzern zu St. Denis du Ly zuerkannt, die 105 Hectaren angebaut haben und die im vorigen Jahre den Preis mit einem Eingebornen der Provinz Constantine heilten.

Das alg. Journal „Alhbar“ spricht von einem Projekt, welches darin bestehen würde, nach Abschluß des Friedens 3 oder 4 Divisionen der Krim-Armee nach Algier zu schicken. Diese Truppen würden dort, bis zur vollständigen Lösung der Orientfrage, auf alle Eventualitäten bereit

foll genommen ist. Ueber die Basis der Friedensstiftung sei man einig, den Einzelpunkten, welche sie involviert, sei die Erörterung noch nicht nahe gekommen.

London. 5. März. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung fragt Bowyer, welche Nachrichten die Regierung über die Verhaftungen erhalten habe, die neulich aus Anlaß einer befürchteten Meuterei der englisch-italienischen Legion in Novara vorgenommen worden seien, wie lange die Legion in Piemont bleibe und was mit ihr nach Abschluß des Friedens geschehen solle. Lord Palmerston entgegnet, es sei allerdings das Gerücht von einer beabsichtigten Meuterei in einem Regiment der italienischen Legion verbreitet gewesen, und in Folge davon seien 16 Soldaten dieses Regiments verhaftet und von Seiten der sardinischen Behörden einer Untersuchung unterzogen worden. Den erwähnten Gerücht zufolge wären bedeutende Geldsummen aus der Lombardie zur Bezahlung unter die Legionäre gesandt worden, um sie zum Desertieren nach der Bombardie zu verleiten. Die Untersuchung habe jedoch dieses Gerücht als vollständig aus der Lust gegriffen herausgestellt, und er könne nicht umhin, zu bemerken, daß das Beneben der italienischen Legion bis jetzt ein musterhaftes gewesen sei. Nichts desto weniger erscheine es als zweckmäßig, den ursprünglichen Plan jetzt sofort auszuführen, und da ungefähr dreitausend Mann unter den Waffen seien, so habe man Schritte gethan, sie nach Malta, ihrem ursprünglichen Bestimmungsorte, zu befördern. Zwei Regimenter seien bereits abmarschiert; eines derselben habe sich bei Abgang der letzten Nachrichten bereits eingeschifft gehabt, und in Bezug auf das zweite werde jetzt wohl das Gleiche der Fall sein. — Sir de Lacy Evans beantragt die Ernennung eines Sonder-Ausschusses, welcher prüfen soll, ob es nicht zweckmäßig wäre, das System des Stellentauschs im Heere abzuschaffen. Die in der Regel gegen eine solche Neuerung vorgebrachten Gründe sucht er zu entkräften. Es sei keineswegs richtig, meint er, daß das Abgehen von dem gegenwärtigen Brauche die Einführung des Anciennats-Systems notwendig zur Folge haben werde; eben so wenig sei die Aufhebung des Stellentauschs mit so ungeheurem Kosten verbunden, wie man vielfach annimme. Wenn man ihn nach den Nachtheilen des gegenwärtigen Zustandes frage, so behauptet er, auf Erfahrungen gestützt, daß manchem ausgezeichneten Offizier der Weg zum Emporkommen versperrt werde, blos weil es ihm an Geldmitteln fehle. Er zweifelt gar nicht daran, daß das gegenwärtige falsche System schließlich fallen werde, und es handle sich nur darum, wie bald dies geschehen solle. Lord Goderich unterstüzt den Antrag. Es liege keineswegs in der Absicht der Gegner des jehigen Systems, das Anciennatssystem an dessen Stelle zu setzen. Peel räumt ein, daß, wenn man die Sache theoretisch betrachte, das System des Stellentauschs von Mängeln nicht frei zu sprechen sei. Doch würde dasselbe sich nicht so lange haben halten können, wenn es nicht für diese Mängel in mancher Hinsicht durch eignethümliche Vorzüge einen Ersatz geboten hätte. Wenn es sich nachweisen ließe, daß die Tüchtigkeit der Armee durch das Kauf-System litte, so würde er sofort für die Aufhebung derselben stimmen. Dieser Nachweis aber sei noch nicht geliefert worden. Durch Aufhebung des Stellentauschs werde man keine bessere Klasse von Offizieren erhalten, und wenn man die militärische Bildung der Offiziere verbessern wolle, so stehe dem das jehige System durchaus nicht im Wege. Lord Stanley hält eine Prüfung des Gegenstandes für wünschenswert, indem nicht so bald eine günstige Gelegenheit wiederkehren werde, wie jetzt. Lord Palmerston erklärt, in abstracto sei er ein Gegner des Stellentauschs, und es würde keinem Menschen, der ein Heer ganz neu zu gründen hätte, einfallen, ein solches System, wie es in England herrsche, vorzuschlagen. Andererseits lasse sich nicht läugnen, daß dieses System so lange bestanden habe und so mit allen Einrichtungen des englischen Heereswesens verwachsen sei, daß, wenn man es aufzugeben wolle, vorher eine reisige Erwagung notwendig sei, da man in Abrede stellen könne, daß sich im Laufe der Zeit mit eben diesem System, möge es nun an und für sich gut oder schlecht sein, Umstände verknüpft hätten, die in gewissem Grade vortheilhaft für das Heer seien. Schaffe man den Stellentausch ab, so sehe man sich in der Notwendigkeit versetzt, Offiziere, die durch Alter und Gebrechlichkeit dienstunfähig geworden, von ihrem Posten zu entfernen, und das koste Geld. Die Offiziere, welche ihr Patent durch Kauf erworben, hätten Anspruch auf Entschädigung; auch das würde sehr kostspielig sein. Doch scheine das Haus allgemein eine Prüfung des Gegenstandes für wünschenswert zu halten. Zu diesem Behufe scheine ihm der Vorschlag S. Herberts, die Einsetzung einer aus Civil- und Militärpersonen bestehenden gemischten Kommission, am geeignetesten. Wenn Sir de Lacy Evans seinen Antrag zurückziehen wolle, so mache er sich anheischig, für Ernennung einer solchen Kommission Sorge zu tragen. Sir de Lacy Evans zieht hierauf seinen Antrag zurück.

London. 5. März. [Der Brand des Coventgarden-Theaters.] Ueber die Feuersbrunst, welche in der vergangenen Nacht das Theater im Coventgarden vernichtete, liegen folgende nähere Nachrichten vor: Eine der furchtbarsten Feuersbrünste, von welchen London seit längerer Zeit heimgesucht wurde, brach heute früh ungefähr fünf Minuten nach 5 Uhr im Theater of Coventgarden aus, während eines derselbst von dem bekannten Prestigiatore-Professor (zu Deutsch Taschenspieler) Anderson veranstalteten Maskenballs. Das Feuer ward, als gerade die letzte Strophe des Liedes „God save the Queen“ vom Orchester angestimmt wurde, dadurch entdeckt, daß ein Dachbalken mitten auf die Bühne und einem Herrn auf den Fuß fiel, während glühende Asche auf einige der anwesenden Konstabler niedersprührte. Sofort erscholl der Ruf „Feuer!“ und die Schaar der Masken verließ in wildem Getümmel eiligst das brennende Haus, während die Flammen hoch in die Lüfte emporwirbelten. Dank den Anstrengungen der Feuerwehr ist Niemand umgekommen; sonst wurde aber mit Ausnahme der Kasse nichts gerettet. Die Versuche, den unter der Bühne befindlichen Wunderapparat des „Zauberers“ in Sicherheit zu bringen, scheiterten. Mr. Anderson war 1845 Direktor des Theaters in Glasgow und die letzte seiner Vorstellungen war auch dort ein Feuer.

Italien.

Turin. 25. Febr. Es ist stark davon die Rede, daß seitens des turiner Kabinetts die Insel Cipriano auf dem pariser Kongreß verlangt werden soll, besonders da dieselbe nach Durchstechung der Landenge von Suez eine äußerst wichtige Station ist. — Seit gestern circuliren hier mancherlei Gerüchte über aufrührerische Bewegungen in Mailand und über Unordnungen in der englisch-italienischen Fremdenlegion in Novara. Bezüglich auf die ersten, so sind wir seit 1853 daran gewöhnt, stets im Februar durch ähnliche Gerüchte heimgesucht zu werden. Was die letztern betrifft, so sollen sie durch auswärtige Agenten verursacht worden sein, welche den Legionären die Mithilfe machen, daß in Mailand durch den Ausbruch der Revolution eine andere besser bezahlte Legion geworben werden solle. Allein die Unordnungen haben bis jetzt keinen ernsten Charakter und Mailand ist ganz ruhig. — Aus Rom meldet man uns von neuen Streitigkeiten zwischen den römischen Dragonern (welche mit den Chasseurs vereinigt wurden) und den Soldaten des Fremdenregiments. Der Oberst des letztern, welcher solche nicht verhinderte, ist arretirt. Zahlreiche Patrouillen des ersten Corps durchzogen die folgenden Tage die Stadt.

Der „Espero“ widerspricht den Gerüchten von ernstlichen Meutereien und zahlreichen Deseraktionen, die unter der anglo-italienischen, in Novara stationirten, Legion vorgekommen sein sollen; Anlaß zu diesen Ordnungsstörungen habe eine Nachricht von dem Tode des Kaisers Napoleon, von Unruhen in Mailand ic. gegeben, und Militär wäre von Turin und Vercelli abgegangen, um die Tumultuanten im Zaume zu halten. „Die sichern Auskünfte“, fährt der „Espero“ fort, „die wir von verschiedenen Seiten her eingezogen haben, und für deren Richtigkeit wir bürgern können, legen uns in den Stand, alle diese Angaben als gänzlich aus der Lust gegriffen zu bezeichnen. Wir wissen wohl, daß Massonistische Umrücke stattgefunden haben, durch welche Unruhen angezettelt werden sollten; wir wissen, daß falsche Nachrichten unter der Legion verbreitet wurden; sie übten jedoch keine Wirkung aus. Solche bössartige, wohl zum hundertstausendmal wiederholte Künste und Kniffe finden nur noch taube Ohren und vermögen Niemand mehr

zu verführen, wenn sie auch anscheinend mit der Unwesenheit einiger Individuen in Piemont zusammenfallen, die bei den Unruhen vom 6. Februar 1853 und bei den Unordnungen in Sarzona als Führer beteiligt waren. Deseraktionen und Verhaftungen, die in der anglo-italienischen Legion in den letzten Tagen etwa vorgekommen sind, haben ihren Grund in Disziplinarvergehen. Deseraktionen werden 17, Verhaftete dem Bernehmen nach 18 gezählt; letztere sind nach Genua gebracht worden.“

Osmanisches Reich.

Aus Konstantinopel, 21. Februar, wird der pariser „Presse“ noch einiges Nähere über den von uns mehrerwähnten Brief Omer Pascha's geschrieben, worin er seine Entlassung anbot. Der türkische Oberbefehlshaber beklagt sich bitter darüber, daß die türkische Regierung nichts zu seiner Rechtfertigung auf die vielsachen Angriffe in den Zeiten gegen ihn antworte; seine Ehre erheische, daß die Thatsachen dem Publikum bekannt gemacht werden. „Jeder Courier“, fährt er fort, „bringt mir Journale, in denen mir die Verantwortlichkeit für den Fall von Kars und die Erfolglosigkeit in Mingrelien aufgebürdet wird; niemals jedoch habe ich eine Zeile aus Konstantinopel erhalten, aus der ersichtlich, ob die Regierung nicht auch diese Ansicht teile. Diese Verantwortlichkeit weise ich zurück.“ Omer Pascha schließt mit den Worten, daß er, wenn man ihm nicht die Rechtfertigung gestatten wolle, entschlossen sei, aus dem türkischen Dienste zu treten und sich nach Amerika zurückzuziehen. Dieser Brief machte bei der Pforte großes Aufsehen, doch ward sofort einstimmig beschlossen, den Generalissimus aufzufordern, er möge auf seinem Posten bleiben. Dieser Beschluss wurde vom Sultan bestätigt und nach Trapezunt ein Schiff mit der höchsten Ablehnung der angebotenen Demission abgeschickt.

Nach Mittheilungen des „Journal de Constantinople“ vom 25ten Februar dauerten die Vorbereitungen im englischen Lager in der Krim fort; es gilt einen Feldzug nach Kleinasien mit der Landung der englischen Armeen in Trapezunt, wosfern der Friede das großartige Unternehmen nicht durchkreuzt.

Provinzial-Zeitung.

Breslau. 6. März. [Hausfrauen-Verein.] Die vierzigste allgemeine Versammlung fand am 25. v. M. statt. In derselben wurde zunächst dem Jahrestage der Übernahme des Protektorates durch Ihre Exzellenz Frau Ober-Präsident Freiin v. Schleinitz ein dankbares Gedächtniß gewidmet und dann die Reihe der laufenden Geschäfte, so weit es die Zeit gestattete, zur Erledigung gebracht. Die seitherige erste Vorsteherin des Vereins, Frau Direktor Scholz, welche seit mehr als einem Jahre dem Verein ihre Wirksamkeit mit den besten Erfolgen gezeigt, sieht sich leider außer Stande, die auf sie gefallene Wahl zur Fortführung des Amtes für die nächste Zeit anzunehmen. Der Verein, eingedenkt der Verpflichtungen, welche er der seitherigen ersten Vorsteherin schuldet, sprach derselben den gebührenden Dank in einer Zuschrift aus. — Der Verein beschloß ferner, dem Antrage mehrerer Vorstandsmitglieder entsprechend, welche in ihren Beobachtungen mit den mannigfachsten Gesuchen in Vereinsangelegenheiten behelligt werden, zu erklären, daß nur im Vereinsbüro (im Tempelgarten) und zwar Montags, Mittwochs und Freitags von 3—5 Uhr, die amtlichen Erledigungen des Vorstandes stattfinden, und Zuschriften von hier wie auswärts wegen Zuweisung von Dienstboten, Anmeldung zur Mitgliedschaft &c. unter dem Rubrum: An den Vorstand des Hausfrauen-Vereins portofrei einzubinden sind.

Es fand hierauf die Einweisung von Dienstmädchen, welche durch den Verein versorgt werden, unter die Kontrolle von Vereinsmitgliedern, so wie die Aufnahme mehrerer neuen, hiesigen, wie auswärtigen Mitglieder statt. Nach Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten legte der Vorstand eine Ansprache an die Hausfrauen vor. In derselben werden die Zwecke des Vereins dargelegt, die Erfolge derselben nachgewiesen, und Alle, die ein Herz für die Errichtung eines besseren Verhältnisses zwischen Herrschaften und Dienstboten haben, aufgefordert, dem Vereine beizutreten. — Der Verein genehmigt diese Ansprache und beschließt deren Veröffentlichung und weiteste Verbreitung. — Schließlich wurden die Einlagen des Fragekastens erledigt.

Nächste allgemeine Versammlung, zu der auch Gäste Zutritt haben, Montag 11. März Nachm. 4 Uhr im Tempelgarten.

Breslau. 6. März. Der stenogr. Verein nach Stolze hielt gestern eine Generalversammlung ab. Es ward auf die Beurtheilung des Stolzianischen Systems aufmerksam gemacht, welches Prof. Dr. Phöbus in Gießen in der „Deutschen Vierteljahrsschrift“ niedergelegt hat. Indem Herr Phöbus das System von Stolze seinem Ideal von Stenographie gegenüberhält und da eins und das andre an jenem aussiegt — Mängel, die jedoch den anderen Systemen in weit größerem Maße anhaften — empfiehlt er Stolze's Schrift allen Gymnasia- und Realschul-Direktoren auf's wärmste zur Einführung auf ihren Schulen u. s. w. Das berliner Archiv spricht sich sehr günstig über die technische Seite der neuen Statuten für unsern Verein aus. Die Nöhm-Wiesneth'sche Stenographie ist nun im Herrenhause zu Berlin wahrscheinlich für immer ausgeschieden, wo gegenwärtig die Stolzianer und Gabelsbergerianer zu gleichen Theilen das Feld behaupten. — In Bauen hat ein ehemaliger Gabelsbergerianer, jetzt Stolzianer, ein stenogr. Kranzchen, und Knövenagel in Hannover einen Verein für Stolze's System gestiftet. — In Magdeburg hat Lehrer Schütt einen stenogr. Cursus mit 56, und Herr Pauly einen solchen in Liegnitz mit 60 Teilnehmern im Gange. Unter den letzteren sind mehrere für Stolze's Schrift so sehr begeistert, daß sie nach der 1½ stündigen Lektion das Gelernte noch bis nach Mitternacht häufig üben. Die Lernenden gehören großenteils dem dortigen Gymnasium und der Mittlerakademie, viele auch dem Beamten- und Gewerbestande an. — In Posen wird beispielhaft mehrere Lehrer der Stenographie nach Stolze, und hat ein 11jähriger Schüler einen sehr korrekten Brief in stenogr. Schrift an den berliner Verein gefunden, worin er seine Liebe für diese Sache zu erkennen gibt. Dies ist zugleich, daß Stolze's Kurzschrift auch von so jungen Schülern mit Erfolg erlernt werden kann. — Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Verein und die Besprechung dreier Vorschläge, welche Stolze selbst zur Verbesserung seines Systems gethan, bildeten den Schlüß der Sitzung.

Breslau. 8. März. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen: Ursulinstraße Nr. 16 vom Kederboden 19 Stück rohe Kahlfäden, zusammen im Wert von ca. 30 Thlr.; Graben Nr. 43 ein neuer Feuerreimer; Universitätsplatz Nr. 13 mehrere Scheffel Kartoffeln, ein Beil und ein Hohlmaß (Meß). Neue-Sandstraße 233 Stück Brode von verschiedener Größe, für 1 Thlr. 17 Sgr. Sammel und ca. 6 Sgr. baares Geld; einem Alkerepächter zu Neudorf-Kommende 1 blaue und 1 fahrtrothe Ziege. Es wurde einer Kaufmannswitwe aus Oberschlesien, welche sich angeblich zum Zweck des Besuchs des Jahrmarkts am hiesigen Platze eingefunden hatte, im Besitz einiger Stücke Leinwand, im Wert von ca. 11 Thlr. betroffen, die sie am gedachten Tage hierorts einigen Leinwand-Händlern von ihren Verkaufsplätzen entwendet hatte.

[Gerichtliche Verurtheilungen.] Von dem hiesigen königlichen Stadtgericht, Abtheilung für Uebertritten, wurden verurtheilt: eine Person wegen widerrechtlichen Verweilens in der Wohnung eines Andern nach geschehener Aufforderung zum Verlassen derselben, zu 1 Tag Gefängnis; eine Person wegen unbefugten Ausbittens von Bildern an öffentlichen Orten, zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis; eine Person wegen Unherlaufenlassen und Fütterung einer Herde Schweine am Wälzthau an der Rosenthalerstraße, zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis; eine Person wegen Verfälschung eines Attestes im Dienstbuch, zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis; eine Person wegen Holzdieselbstahl, zum Schadensersatz und 1½ Thlr. oder drei Tagen Gefängnis; eine Person wegen Gebrauchs einer unvorschriftsmäßigen Bezeichnung Brückenvaage, zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis; eine Person wegen Aufhängen von Kleidungsstücken vor dem Verkaufs-Lokal, zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis; eine Person wegen Mißhandlung eines ihr anvertrauten Pferdes, zu 1 Tag Gefängnis; drei Personen wegen Verunreinigung der Straße, zu 10 Sgr. resp. 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis; vier Personen wegen Herauslaufenlassen ihrer Hunde auf der Straße ohne Maulkorb, jede zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis; fünf Personen wegen Erzeugung ungebührlichen ruhestörenden Lärms, jede zu 1 Tag Gefängnis; achtundfünfzig Personen wegen Bettelns, zu resp. 1, 2, 3 Tagen und einer Woche Gefängnis.

Angekommen: Se. Durchlaucht Fürst zu Windischgrätz aus Wien; Ihre Hoheit Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, Fürstin zu Windischgrätz mit Familie und Dienerschaft dgl.; Geh. Reg.-Rath Kolbe aus Berlin. (Pol.-BL.)

Oppeln. 7. März. [Personalien.] Der Bürgermeister Friese in Rybnik ist ausgeschieden, und der seitherige Oberlehrer Gruchel derselbst zum Bürgermeister der Stadt Rybnik erwählt und bestätigt worden — der evangelische Schul-Amts-Kandidat Gürich ist als Lehrer und Organist zu Guntentag — der bisherige Hilfslehrer Braun ist als Organist, Kantor, Küster und Schullehrer bei der neu konstituierten evangelischen Schul- und Kirchen-Gemeinde zu Nicolai, plessier Kreises — und der katholische Schullehrer Knepper zu Tschirnau, als Schullehrer, Organist und Küster zu Zawischow, leobschützer Kreises, angestellt worden.

Serichtliche Entscheidungen, und Verwaltungs-Nachrichten &c.

— Die Bezirks-Regierungen sind mit einer Entscheidung des Gerichtshofes für Kompetenzkonflikte bekannt gemacht worden, welche von Neuem den Grundfaß adoptirt, daß die Bestimmungen der Regierungen über die Einrichtung und Unterhaltung von Umlagen, welche beim Bau einer Eisenbahn an Wegen, Nebenwegen, Brücken, Einfriedungen, Bewässerungs- oder Vorfluthsanlagen u. s. w. getroffen werden, dergestalt für die Interessen maßgebend sind, daß der Rechtsweg gegen dieselben ausgeschlossen ist. Es gelte dies nicht nur für die Frage, ob eine solche Anlage auszuführen sei, sondern auch für einen Anspruch auf Erstattung der Kosten für eine solche Anlage. Die Bezirksregierungen haben sonach für alle bezüglichen Fragen eine Norm.

— Von Seiten der königl. Regierung zu Minden ist am 21. Februar folgende gegen eine Tribunals-Entscheidung gerichtete Circularverfügung an die betreffenden Beamten erlassen worden:

Ein neuerlich ergangenes Erkenntniß des königl. Ober-Tribunals hat die diesseits unter dem 12. September 1854 erlassene Verordnung, welche das Jagen mit Bracken verbietet, als im Widerspruch stehend mit den nicht aufgehoben Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 für ungültig erachtet, weil angenommen werden müsse, daß mit jener Verordnung, die Schonung des Wildes in weiterem Umfange und in anderer Weise, als solche durch die Wiederherstellung der die Gehege- und Schonzeit betreffenden, bei Verkündigung des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 geltend gewesenen Gesetze erfolgen sollte, bezweckt worden sei. Diese in dem Urteilssprache unterbreitete Voraussetzung ist indeß eine irrite; die der diesseitigen vorerwähnten Verordnung zum Grunde liegende Absicht war lediglich darauf darauf gerichtet, eine Sicherung für die durch das Jagen mit Bracken sehr häufig gefährdeten Feldfrüchte zu schaffen.

Mit Rücksicht hierauf werden die Polizeibehörden angewiesen, die Verordnung vom 24. Sept. 1854 sich nach wie vor zum Anhalt dienen zu lassen und auf deren Befolgung zu achten.“

— Der Dr. Brüllow hat gegenwärtig im Verlage der Gebrüder Scherck in Berlin auch eine geognostische Wandkarte nebst Erläuterungsbuch zum Preise von 5 Thlr. 10 Sgr., und zum Gebrauche für Schüler eine dergleichen in verkleinertem Maßstabe, in buntem Druck zu 15 Sgr., und in schwarzem Druck zu 10 Sgr. herausgegeben. Das d. Unterrichts-Ministerium hat sich in Erwägung der Brauchbarkeit dieser Karten veranlaßt gesehen, auf dieselben aufmerksam zu machen, und deren Anschaffung bei den Realschulen zu empfehlen.

Man schreibt uns aus Paris vom 28. Febr.: „In einem Vortrag über Gutta-Percha im Konservatorium der Künste und Gewerbe hat hr. Payen ein sehr einfaches Verfahren angegeben, alle Arten von Gewebe ohne Gutta-Percha oder Kautschuk vollständig und durchdringlich zu machen. Man nimmt z. B. 1 Kilogr. welches man in 32 Litres Wasser auf löst; gleichzeitig löst man 1 Kilogr. essigsaures Bleioxyd in einer gleichen Menge Wasser auf. Hierauf mischt man die beiden Flüssigkeiten, wodurch man einen pulverartigen Niederschlag erhält, der schwefelsaures Bleioxyd ist. Man hebt die Flüssigkeit ab, welche aufgelöst essigsaure Theonerde enthält, und taucht den Stoff, welchen man durchdringlich machen will, hinein. Sobald knetet man ihn einige Augenblicke und läßt ihn an freier Luft trocken. 20,000 so präparierte Waffentücher sind, sagt man, für die französischen Truppen bestellt.“

Berliner Börse vom 7. März 1856.

Fonds-Course.	Kön.-Mindener Pr. 4½	100 ¼ bez.
Frei. Cl.-Anl. 4½	100 ½ bez.	102 ½ u. ½ bez.
St.-Anl. v. 1850 4½	101 Br.	91 Br.
ditto 1852 4½	101 Br.	91 Br.
ditto 1853 4½	98 Br.	90½ bez.
ditto 1854 4½	101 Br.	Moins-Ludwigsh. 4½ bez.
ditto 1855 4½	101 Br.	Mecklenburger 4½ bez.
Präm.-Anl. v. 1		